

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Bauausschusses Großensee

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.03.2019, 19:30 Uhr
Raum, Ort:	Dörphus in Großensee, Hamburger Straße 11, 22946 Großensee
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	22:19 Uhr

Anwesenheit

Anwesende:

Vorsitz

Herr Gerhard Iwan

Mitglieder

Herr Manfred-Ernst Lessau

Herr Michael Prang

Herr Hans-Jürgen Schulz

Frau Barbara Weckwerth

Vertretung für: Herrn Bodo Heyer

Abwesende:

Mitglieder

Herr Bodo Heyer

abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 29.11.2018
- 4 Aufhebung und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2
Gebiet: Östlich Rausdorfer Straße, nördlich Kamphöhe und westlich Trittauer Straße
hier: a) Auswertung der zur öffentlichen Auslegung und Beteiligungsverfahren (November / Dezember 2018) eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
- 5 Einspruch gegen die neuen Windenergie-Regionalpläne der Landesregierung SH für die Gemeinde Großensee
hier: Sachstandsbericht
- 6 Müll- Klärschlammverbrennung Stapelfeld
hier: Sachstandsbericht
- 7 Planung Dörphus
hier: a) Sachstandsbericht
B) Antrag der AWG Dörphus, Kindergarten, Feuerwehr
- 8 Antrag der AWG: Kindergarten und Krippe
- 9 Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

GV Lessau beantragt die Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 8b „Antrag: Dörphus, Kindergarten, Feuerwehr“ und um den Tagesordnungspunkt 9 „Antrag: Kindergarten, Krippe“. Der Ausschussvorsitzende bringt den Antrag von GV Lessau zur Abstimmung:

TOP 7	Planung Döphus Hier a) Sachstandsbericht b) Antrag: „Döphus, Kindergarten, Feuerwehr“
TOP 8	Antrag: „Kindergarten, Krippe“

Bürgermeister Lindemann-Eggers beantragt die Streichung der folgenden Tagesordnungspunkte „Beschluss über nichtöffentlich zu beratende Tagesordnungspunkte“, „Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse“ und „Grundstücksangelegenheiten“.

Der Vorsitzende bringt den Antrag von GV Lessau zur Abstimmung.

Beschluss: Die Tagesordnung wird um den TOP 7b und TOP 8 ergänzt

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der gesetzlichen Vertreter:	5
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Der Vorsitzende bringt den Antrag von Herrn Bürgermeister Lindemann-Eggers zur Abstimmung.

Beschluss: Aus der Tagesordnung sollen folgende Tagesordnungspunkte entfernt werden:

- „Beschluss über nichtöffentlich zu beratende Tagesordnungspunkte“
- „Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse“
- „Grundstücksangelegenheiten“

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der gesetzlichen Vertreter:	5
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

2. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin fragt, wie die Gemeinde mit den in Zukunft fehlenden Kindergartenplätzen umgehen wird. Der Vorsitzende verweist auf den Tagesordnungspunkt 8, in der diese Frage erläutert wird.

Ein Einwohner fragt in welcher Höhe Straßensanierungskosten auf die Einwohner umgelegt werden. Bürgermeister Lindemann-Eggers teilt daraufhin mit, dass nur wertverbessernde Maßnahmen auf Bürger umgelegt werden können. Nicht jedoch Unterhaltungsmaßnahmen. Im Haushalt stehen für die Sanierung von Straßen 15.000€ zur Verfügung.

Ein Einwohner wünscht die Erweiterung des Baufensters 9 im Bebauungsplan Nr. 2. Bürgermeister Lindemann-Eggers verweist auf den Tagesordnungspunkt 4 und auf die öffentliche Auslegung welche in der Vergangenheit stattgefunden hat.

3 . Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 29.11.2018

Einwendungen gegen das Protokoll vom 29.11.2018 werden nicht erhoben.

Beschluss: Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der gesetzlichen Vertreter:	5
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Gemäß § 22 GO waren keine Mitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

4 . Aufhebung und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 **Gebiet: Östlich Rausdorfer Straße, nördlich Kamphöhe und westlich Trittau- er Straße** **hier: a) Auswertung der zur öffentlichen Auslegung und Beteiligungsverfahren** **(November / Dezember 2018) eingegangenen Stellungnahmen** **b) Satzungsbeschluss** **Vorlage: 2019/03/046**

Herr Balzer vom Planungsbüro IPP stellt sich den Ausschussmitgliedern vor. Anschließend stellt er den Anwesenden das Verfahren der Bauleitplanung vor und stellt den aktuellen Stand des Bebauungsplanes Nr. 2 dar. Im weiteren Verlauf erläutert Herr Balzer die eingegangenen Stellungnahmen und die Abwägung.

GV Tillmann-Mumm erkundigt sich nach der Präsentation, wieso die Buskehre als Wohnbebauung überplant worden sei. Bürgermeister Lindemann-Eggers antwortet, dass dies eine zukunftsweisende Planung sei. Vor der tatsächlichen Überbauung des Bereichs muss erst ein Alternativstandort gefunden werden.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung (November / Dezember 2018) des Entwurfs der Aufhebung und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 für das Gebiet östlich Rausdorfer Straße, nördlich Kamphöhe und westlich Trittau-er Straße vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Naturschutzverbände, Nachbargemeinden und privaten Personen hat die Gemeindevertretung mit der in Anlage 1 beschriebenen Ergebnissen (Abwägungsvorschlag des Büros IPP, Kiel) geprüft. Die eingegangenen Anregungen und Bedenken werden auf Grundlage der Abwägungsvorschläge (Anlage 1) berücksichtigt, bzw. nicht berücksichtigt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Naturschutzverbände, Nachbargemeinden und privaten Personen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die Entwürfe der Aufhebung und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 und der Begründung werden in den vorliegenden Fassungen mit folgenden Änderungen gebilligt:

- Einarbeitung der Abwägungsergebnisse der zur Beteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß Ziffer 1.
- Redaktionelle Änderungen in der Begründung und im Umweltbericht

3. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Gemeindevertretung die Aufhebung und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 für das Gebiet östlich Rausdorfer Straße, nördlich Kamphöhe und westlich Trittau-er Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.

4. Die Begründung wird gebilligt.

5. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden einzusehen ist, und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse <http://www.amt-trittau.de/> eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der gesetzlichen Vertreter:	5
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Gemäß § 22 GO waren keine Mitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

5. Einspruch gegen die neuen Windenergie-Regionalpläne der Landesregierung SH für die Gemeinde Großensee hier: Sachstandsbericht

Der Vorsitzende informiert die Einwohner und Ausschussmitglieder, dass zum Thema Windenergie viele Stellungnahmen beim Land Schleswig-Holstein eingegangen sind.

6. Müll- Klärschlammverbrennung Stapelfeld hier: Sachstandsbericht

Der Vorsitzende teilt mit, dass in Stapelfeld eine neue Anlage gebaut werden soll, in welcher Klärschlamm verbannt werden kann. Die Gemeinde wurde bisher nicht am Verfahren beteiligt, da Großensee sich außerhalb des Einzugsgebiets der Beteiligung befindet. Interessierte Bürger können sich aber im Internet informieren, zudem gebe es in Stapelfeld Informationsveranstaltungen..

7. Planung Dörphus hier: a) Sachstandsbericht B) Antrag der AWG Dörphus, Kindergarten, Feuerwehr

a) Der Vorsitzende erläutert, dass er und Bürgermeister Lindemann-Eggers sich mit der Verwaltung zwecks weiterer Planung in Verbindung gesetzt hat. Die Verwaltung gab zu bedenken, dass das Bauvolumen eine Europaweite Ausschreibung nach sich ziehen würde. Der Vorsitzende merkt an, dass dies von ihm so nicht gewünscht sei. Mit der Verwaltung wurde sich nun geeinigt, dass zuerst ein Machbarkeitskonzept ausgearbeitet werden soll. Zu diesem Zweck soll ein externer Planer hinzugezogen werden. Des Weiteren hat ein Abstimmungsgespräch innerhalb der Verwaltung stattgefunden. Zu diesem sei auch der Vorsitzende und Bürgermeister Lindemann-Eggers eingeladen worden. Der Vorsitzende gibt an, dass beide nicht an diesem Gespräch teilgenommen haben. Im Zuge der Gespräche innerhalb der Verwaltung, wird Frau Dietrich die genauen Kindergartenbedarfszahlen aufstellen. Zudem werde ein Feuerwehrbedarfsplan zusammengestellt.

b) Die AWG stellt den Antrag, eine Alternativprüfung für das Dörphus in Auftrag zu geben. GV Lessau stellt die unterschiedlichen Alternativen vor, zum einen beinhaltet der Antrag die Kostenschätzung eines kompletten Neubaus der Feuerwehr inklusive Kindergarten und den Veranstaltungsräumen des Dörphus aber auch die Variante den Neubau an einem anderen Standort zu kalkulieren. Zwischen GV Tillmann-Mumm, dem Vorsitzendem und Bürgermeistern Lindemann-Eggers folgt eine Diskussion darüber, ob eine Alternativen Prüfung sinnvoll erscheint.

Im Anschluss bringt der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss: Die Gemeindevertretung möge beschließen, drei Projektstudien mit den jeweiligen Kostenschätzungen in Auftrag zu geben um das Dörphus neu planen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der gesetzlichen Vertreter:	5
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	0

Der Antrag wird abgelehnt.

Gemäß § 22 GO waren keine Mitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

8 . Antrag der AWG: Kindergarten und Krippe

GV Lessau stellt den Antrag der AWG vor, neue Räume für den Krippen und Elementarbereich bereit zu stellen. So liegen der AWG neue Bedarfszahlen vor, welche aufzeigen, dass weitere Plätze geschaffen werden müssen. Dies sei entweder durch die Anmietung weiterer Räumlichkeiten oder aber durch die Aufstellung eines Provisoriums möglich.

Herr Bürgermeister Lindemann-Eggers berichtet, dass er versucht habe eine Immobilie für die Gemeinde anzumieten, dies wäre jedoch nicht möglich gewesen. Die Ansprüche an die Immobilien u.a. Brandschutz, Ruhe- und Hygieneräume seien sehr hoch, daher würden viele Bestandsgebäude nicht in Frage kommen.

Der Vorsitzende merkt an, dass eines der zu lösenden Probleme beim Bau eines Provisoriums die eingeschränkten Standortmöglichkeiten seien. So dürfen die Modulbauten nicht in den Außenbereich gestellt werden. Einer der wenigen Plätze an denen dies eventuell möglich wäre, wäre der Parkplatz vor dem Dörphus, dort würden sich die Erschließungskosten in Grenzen halten. Jedoch muss beachtet werden, dass die Feuerwehr weiterhin einsatzfähig bleiben muss.

Der Vorsitzende bringt den Antrag der AWG zur Abstimmung.

Beschluss: Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass eine Übergangslösung für die fehlenden Plätze im Krippen und Elementarbereich geschaffen wird bis zur Fertigstellung des Umbaus Dörphus.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der gesetzlichen Vertreter:	5
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	1

Der Antrag wird abgelehnt.

Gemäß § 22 GO waren keine Mitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9 . Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

Ein Einwohner erkundigt sich danach, wie die Stellungnahmen zum B-Plan 2 abgewägt wurden. Herr Bürgermeister Lindemann-Eggers gibt an, dass der Vorschlag vom Planungsbüro erarbeitet wurde. Der Vorsitzende merkt zudem an, dass sich die Ausschussmitglieder vor der Sitzung mit der Abwägung beschäftigt haben. Der Einwohner fragt zudem, was mit den Carports passiert, welche bereits gebaut wurden. Herr Bürgermeister Lindemann-Eggers antwortet, dass diese nicht abgerissen werden müssen, da diese Bestandsschutz haben.

Ein Einwohner fragt, wer für die Kosten der neuen Parkplätze aufkommen wird. Herr Bürgermeister Lindemann-Eggers gibt an, dass die Gemeinde für die Kosten aufkommt.

Ein Einwohner fragt, wieso die Gemeinde sich dazu entschlossen hat nur diese Seite mit Parkmöglichkeiten auszustatten. Herr Bürgermeister Lindemann-Eggers gibt an, dass im Zuge des Bebauungsplans nur diese Seite des Gebietes überplant wurde. Herr Iwan merkt zudem an, dass sich auf der anderen Seite ein Entwässerungstreifen befindet, welcher nicht einfach für Parkmöglichkeiten umgelegt werden könne.

Eine Einwohnerin merkt an, dass weitere Kindergartenplätze wirklich dringend benötigt werden und spricht sich für das Aufstellen von Modulbauteilen aus.

Ein Einwohner erkundigt sich, was die Müllverbrennungsanlage in Stapelfeld für Großensee bedeuten würde. Der Vorsitzende stellt Herrn Schack von der Bürgergemeinschaft BIG! Stapelfeld e.V. vor. Herr Schack gibt an, dass es in Stapelfeld Informationsveranstaltungen gibt. Seiner Meinung nach dient diese Anlage dazu Phosphor zu gewinnen, dieses wäre sehr Wertvoll für die Anlagen zum Weiterverkauf. Dieses Verfahren sei jedoch noch nicht ausgereift. Zudem soll der Schornstein auf 65m Höhe verkürzt werden. Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Schack für die Informationen.

Eine Einwohnerin merkt an, dass die zukunftsweisende Ausrichtung des neuen Bebauungsplans Nr. 2 gut findet. Dies sollte man auch in der Zukunft weiterhin so betreiben und dabei auch Flächen für einen Kindergartenstandort berücksichtigen.

Eine Einwohnerin fragt, wo man sich für den Waldkindergarten anmelden könnte. Herr Bürgermeister Lindemann-Eggers gibt an, dass die Gemeinde sich momentan noch zwischen zwei Trägern entscheiden muss. Sobald diese Entscheidung getroffen ist, kann man sich direkt bei dem entsprechenden Träger anmelden.

Eine Einwohnerin fragt, ob die Heimaufsicht einem Modulbau als Provisorium zustimmen muss und wie lange der Bau dieses Provisoriums dauern würde. Herr Bürgermeister Linde-

mann-Eggers gibt an, dass nach einem Beschluss in der Gemeindevertretung durch die Verwaltung drei Angebote über Module eingeholt werden müssen. Dies gilt auch für die Erschließung. Die Heimaufsicht werde bei solch einem Vorhaben frühzeitig beteiligt.

Eine Einwohnerin fragt, ob Kinder, welche momentan keinen Platz in einem Kindergarten in Großensee bekommen haben bevorzugt zurück nach Großensee wechseln können. Herr Bürgermeister Lindemann-Eggers gibt an, dass Kinder welche momentan außerhalb der Gemeinde untergebracht worden sind natürlich zurückwechseln können, wenn Eltern dies wünschen.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung.

Vorsitzende/r

Protokollführer/in